

## › KREISLAUFWIRTSCHAFT RELOADED

Umweltschutz und kommunale Daseinsvorsorge gehören zusammen

- › Regelungen im Abfallrecht evaluieren
- › Engagement in Europa verstärken
- › Ehrliche Recyclingquoten einführen

Der Gesetzgeber hat in der auslaufenden Legislaturperiode unter anderem mit dem „Verpackungsgesetz“ das Abfallrecht in Deutschland fortgeschrieben. Leider ist das anfänglich angestrebte Ziel, eine einheitliche Wertstoffsammlung und eine materialspezifische Abfalltrennung einzuführen, am fehlenden politischen Willen gescheitert. Es bleibt daher notwendig, die Wertstoffeffassung in kommunaler Hand weiter auszubauen. Es müssen machbare und rechtssichere Lösungen gefunden werden, um im Sinne eines effektiven Umweltschutzes und einer umfassenden Daseinsvorsorge auch künftigen Generationen den Zugang zu Ressourcen zu sichern.

### Status Quo

Deutschland gehört zu den Ländern, die einen großen Teil der Abfälle verwerten und diese nur noch höchst selten deponieren. Dabei verlassen sich die Bürger insbesondere auch auf die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, also die Kommunen. Der Standard der Entsorgung ist durch das Engagement kommunaler Unternehmen in Deutschland nachweislich sehr hoch.

### Handlungsfelder

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist im Sinne von Verbrauchern und Wirtschaft. Die zunehmende Ressourcenknappheit wird dazu führen, dass immer mehr Rohstoffe aus Altmaterialien zurückgewonnen werden müssen. Grundvoraussetzung hierfür ist die effektive Erfassung des Abfalls,

sodass verwertbare Materialien wiedergewonnen werden können. Es ist daher notwendig, kommunale Erfassungsstrukturen weiter auszubauen und zu stärken. Im Sinne eines effektiven Umweltschutzes und einer umfassenden Daseinsvorsorge ist auch künftigen Generationen der Zugang zu Ressourcen zu sichern. Rosinenpicken zur Bedienung kurzfristiger Gewinninteressen schafft keine nachhaltige Ressourcenwirtschaft.



Die funktionale und effektive Arbeit der kommunalen Unternehmen darf nicht weiter einge-

schränkt werden. Auch künftig dürfen den kommunalen Unternehmen keine Stoffströme zu Gunsten der Privatwirtschaft entzogen werden, deren Verwertung nur dann ernsthaft betrieben wird, wenn Vermarktungserlöse dies attraktiv machen. Grundprinzip der weiteren Entwicklung der Kreislaufwirtschaft muss bleiben, dass den Kommunen – und damit den Gebührenzahlern – nicht die lukrativen Abfallströme entzogen werden.

### Umfassende Evaluierung des Abfallrechts

In der auslaufenden Legislaturperiode sind im Bereich des Abfallrechts diverse Legislativvorhaben umgesetzt worden, wie die Gewerbeabfallverordnung, das viel diskutierte Verpackungsgesetz oder die Verordnung zum Umgang mit POP-

haltigen Stoffen. Diese Verordnungen und Gesetze sind in der kommenden Legislaturperiode zunächst gründlich zu evaluieren und auf ihre ökologische Zielgenauigkeit hin zu überprüfen. Viele Vorhaben haben erheblichen Einfluss auf die Entsorgung bedeutsamer Abfallströme (Verpackungen, gewerbliche Siedlungsabfälle, mineralische Abfälle). Es muss genau überprüft werden, ob die Neuregelungen eine hochwertige Verwertung fördern und vollziehbar sind. Nicht praxistaugliche Rechtsvorschriften müssen identifiziert und angepasst werden, sie dürfen einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft nicht im Wege stehen. Die Nachvollziehbarkeit für den Bürger und die Transparenz der Verwertungsleistungen sind hierbei wichtige Kriterien.

### EU-Rechtsetzung forcieren

Die Richtlinienarbeit auf europäischer Ebene muss noch intensiver begleitet werden. Wichtige Aspekte wie das Kreislaufwirtschaftspaket oder die Ökodesign-Richtlinie haben erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Kreislaufwirtschaft. Umweltschutz ist kein nationales Thema, sondern ist nur im Zusammenschluss mit anderen Staaten wirksam zu verwirklichen. Durch klare und ambitionierte Regelungen kann auch in anderen Staaten der Europäischen Union ein erhöhtes Maß an Umweltschutz erreicht werden. Ein europaweites Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle ist dabei von zentraler Bedeutung. Hier sollte Deutschland andere

Länder dabei unterstützen, Abfälle nicht mehr auf Deponien abzulagern, sondern eine Wertstoffrückgewinnung zu fördern.

### Sinnvolle Recyclingquoten

Es müssen ehrliche Recyclingquoten eingeführt und eine einheitliche Berechnung innerhalb der EU durchgesetzt werden. Die aktuell in Deutschland geltenden Recyclingquoten sowie die mit dem Verpackungsgesetz angepassten Quoten berücksichtigen zu wenig die Qualität und Hochwertigkeit des Recyclings. Im gesamten europäischen Wirtschaftsraum sollte zudem die gleiche Berechnungsart für Recyclingquoten gelten, die sich insbesondere an den tatsächlich gewonnenen Sekundärrohstoffen orientieren. Unterschiedliche Berechnungsmethoden für Recyclingquoten schmälern die Vergleichbarkeit des tatsächlichen Recyclings und führen zu einer „Schönrechnerei“. Eine einheitliche Berechnung schafft die notwendige Transparenz über den tatsächlichen Verwertungserfolg, u.a. von Systemen der erweiterten Herstellerverantwortung.

### Verpackungsabfälle reduzieren

Deutschland ist europäischer Spitzenreiter bei der Produktion von Verpackungsabfällen. Grund hierfür ist u.a. das sich verändernde Konsumverhalten der Deutschen und die mangelnde Wirksamkeit des Verpackungsrechts. Die Deutsche Umwelthilfe hat Zahlen veröffentlicht, wonach stündlich 320.000 Einwegbecher verbraucht werden, deren Herstellung res-

ourcenintensiv ist. Die weggeworfenen Becher finden sich häufig auf Straßen und in öffentlichen Grünanlagen wieder und belasten die Umwelt.



Hier sind daher geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Menge an Verpackungsabfällen zu reduzieren. Im Umgang mit Coffee-to-go Bechern sollten bereits angestoßene Maßnahmen wie Mehrwegbecher aktiv unterstützt und weiter ausgebaut werden. Die Hersteller von To-go-Verpackungen sind an den Kosten zu beteiligen, die den Kommunen bei der Bekämpfung des Litterings entstehen.

### Plastikmüll vermeiden

Müll gehört in die Tonne! In letzter Zeit ist es immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, wie viel Plastikmüll die Weltmeere verschmutzt. Hier ist es auch an Deutschland, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Vermüllung zu vermeiden. Ferner ist zu überlegen, wie der Plastikmüll reduziert werden kann. Der Schutz unserer Umwelt ist eine staatliche Aufgabe und muss weiter forciert werden, u.a. durch die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern mit niedrigen Entsorgungsstandards.